

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919**

176 (27.6.1919) Erstes und Zweites Blatt



Bestpreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 1.00 M., vierteljährlich 2.70 M., an den Ausgabestellen abochoft monatlich 1.30 M. Auswärts durch die Post frei ins Haus geliefert vierteljährlich 3.20 M., Einschulnummer 10 M.

Verlag: Schriftleitung und Geschäftsstelle Mittelstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

## Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

## Badische Morgenpost

Anzeigen: die Gebr. Neundorfer, welche oder deren Name 25 Pf., Restame. 1 M., an erst. Stelle 1.20 M., auf diese Weise 30%. Generalanzeigen. Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme bis 12 Uhr mittags. Kleinere Anzeigen bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechnummer: Geschäftsstelle Nr. 208. Verlag Nr. 207. Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Chefredakteur: Gustav Koppert; verantwortlich für Politik: Martin Polzinger; für Baden, Soles und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Beilagen: Carl Dellemer; für Inserate: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Buchhandlung m. B. S., Lämmling in Karlsruhe. Verleger: Dr. Kurt Henrich, Friedenau, Preussische Postverwaltung Nr. 65/66. Telephon-Nr. 1024. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfälschungen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Bescheid ist.

116. Jahrg. Nr. 176.

Freitag, den 27. Juni 1919

Erstes Blatt.

### Hein oder Nichtsein.

Die Haltung der Deutschen Demokratischen Fraktion in der Nationalversammlung in der Frage der Unterzeichnung des Friedens und die schließliche Nichtbeteiligung an der neuen Regierung haben in Baden in den Reihen der Deutschen Demokratischen Partei schwere Bestürzungen für die Zukunft hervorgerufen. Die Haltung der Fraktion in Weimar ist unumwieglicher verständlich, als die Argumente, die gegen die Unterzeichnung des Friedens geltend gemacht worden sind, nach seiner Richtung sich haltender sind als die für die Unterzeichnung. Bei der Frage, ob Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung kann nur eine einzige Erwägung ausschlaggebend sein, nämlich die, auf welche Weise es ermöglicht werden kann, den Bestand des Reiches mit der größeren Wahrscheinlichkeit zu sichern. Wenn nun die Lage im Osten als eines der Hauptargumente gegen die Unterzeichnung angeführt wird, so ist es doch ganz zweifellos, daß gerade der Osten bei der Nichtunterzeichnung am ersten verloren geht, denn alle Vorbereitungen für diesen Fall sind ja bereits von der Entente getroffen worden. Die Haller'sche Armee, deren letzte Transporte vor einigen Tagen durch Deutschland abgerollt sind, ist eigens zu diesem Zwecke nach Polen geschafft und mit starker Artillerie-Übermacht ausgerüstet worden. Durch die Weigerung, den Frieden zu unterzeichnen, wäre im Osten ein Krieg losgegangen, der an Schrecklichkeit dem 30jährigen nicht nachgestanden hätte, und die Folge wäre eine vollständige Vernichtung des deutschen Heimes gewesen, die auf immer die Möglichkeit, dort das Deutschland zu erhalten, vernichtet hätte. Der Fortbestand des Deutschlands im Osten ist aber eine der Grundbedingungen für den Bestand des Reiches, und die Unterzeichnung läßt zum mindesten die Hoffnung bestehen, daß die Befestigung durch die Polen nur vorübergehender Natur sei. Gerade dieser Umstand also wendet sich gegen die Verweigerung der Unterschrift.

so oft mißbraucht worden ist, diesmal dürfte es keine Berechtigung haben, denn die mit innerer zwingender Notwendigkeit eintretende Folge der Unterzeichnung für die Entente ist, daß die Spannung, ob Deutschland unterzeichnen wird oder nicht, sich löst und damit auch der eiserne Ring sich lockert, der die widerstreitenden Interessen der Entente solange zusammengehalten hat. Wir glauben nicht, daß wir hier Utopien nachjagen. Denn es liegen bereits hinreichende Anzeichen vor, die eine derartige Entwicklung er-

warten lassen. Das ist zunächst der Sturz der Kriegsregierung in Italien. Italien ist dasjenige Land, dessen Interessen am wenigsten ein weiteres Zusammengehen mit der übrigen Entente verlangen. Und bei dem nicht von der Kriegspolizei verblendeten italienischen Staatsmannern und bei denen, die durch die bereits gemachten schlechten Erfahrungen ernüchtert sind, setzt sich eben doch die Erkenntnis durch, daß das Gedeihen Italiens auf dem Festlande nur in einem zum mindesten nicht feindlichen Verhältnis zu dem angrenzenden deutsch spre-

chenden Nachbar auf die Dauer gesichert werden kann. In Frankreich vollzieht sich ebenfalls, wenn auch nicht öffentlich, so doch unter der Oberfläche eine Entwicklung nach links. Die Tage des Kabinetts Clemenceau und des erbittertlich nationalistischen Furors sind gezählt. Die nächste Regierung wird zweifellos nach links orientiert sein. Damit ergibt sich für die deutschen Staatsmänner eine Basis für Verständigungen, die zum mindesten den Weiterbestand des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft nicht unmöglich erscheinen lassen.

### Der Gewaltfrieden.

#### Zwei angebliche Noten der Entente.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 26. Juni. Wie die A. Z. am Mittwoch erfährt, hat die Entente heute dem Gesandten von Danzig zwei Noten überreicht, deren eine auf die Berlin-Luna der deutschen Politik in der Schoa-Nom-Rucht und auf die Vergrößerung der französischen Kolonien sich bezieht. Die a. und a. Mächte erklären darin u. a., daß sie von diesen Forderungen keinen Nutzen sehen und daß sie stattdessen nach Bedienung der Interferenzen die notwendig werdenden Sicherheitsmaßnahmen fordern. Eine Wiederholung solcher Art müßte eine sehr unglückliche Wirkung auf die zukünftige Ausübung des Friedensvertrages haben. Deutschland werde sich nicht bekaufen dürfen, wenn die a. und a. Mächte alle Mittel, die ihnen durch den Frieden, insbesondere durch den Art. 429 angedehnt werden, in Anwendung bringen.

Die zweite Note bezieht sich auf die angeblich deutsche Deklaration an den Polen. Die Entente weist darauf hin, daß die deutsche Deklaration in aller Form darauf veranlaßt wurde, daß sie zu formen, daß von dem im Vertrag bestimmten Zeitpunkt an alle Zonen und alle deutschen Beamten aus dem abzurückenden Gebiet zurückgezogen werden und daß einmütigen Antrages in diesen Gebieten keine Interferenzen zu Teil wird.

#### Abbau der Waffenstillstandskommission.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 26. Juni. (Wolff.) Die Waffenstillstandskommission wird abgebaut. Ihre Arbeiten gehen an die entsprechenden Reichsämter über, ein großer Teil auch auf das Amt für die Angelegenheiten der Friedensfragen übertragen werden soll.

#### Vertrauenssoffizier für die preussische Regierung.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 26. Juni. (Wolff.) In der heutigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wurde bei Besprechung der Friedensfrage gegen die Stimmen der Reichspartei und der Unabhängigen der Reiterung das Vertrauen ausgesprochen.

Berlin, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Anschlag an die heutige Sitzung der Landesversammlung hat das preussische Staatsministerium beschlossen, im Amt zu bleiben und die hiesigen Angelegenheiten zu regeln, die erklärt haben, austreten zu wollen, berücksichtigen sich auf ihren Posten auszuhalten.

#### Eine Stimme der Verunsicherung.

(Eigener Drahtbericht.)  
Bonn, 26. Juni. (Wolff.) Die „Preussische“ schreibt zu der deutschen Einwilligung in die Friedensunterzeichnung: Clemenceau meint dem deutschen Protest nur literarische Bedeutung beimessen. Für andere Leute bedeutet er aber weit mehr als die Unterzeichnung. Deutschland wird jetzt alle Latenzkraft daran setzen, sich wirtschaftlich wieder empor zu arbeiten. Deutschland wird sich auf neue an die Spitze des Fortschritts und der Sozialreform stellen, und in fünf, höchstens zehn Jahren wird Frankreich der Inbegriff der Reaktion, Deutschland aber der Inbegriff der Freiheit geworden sein. Dann wird die Wirksamkeit des deutschen Protestes beginnen, indem einige Mächte, die Deutschlands Ruf für ein Unglück halten, eine Revision des Vertrages herbeiführen werden.

#### Ein Demark.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 26. Juni. (Wolff.) Oberbischöfliche und französische Mächte bringen eine Berliner Drahtmeldung, wonach die polnische Gesandtschaft in Wien folgende angeblich aufgefangene Runddepesche der deutschen Regierung in Händen hat: „Die Regierung wird unterzeichnen. Trotzdem werden wir für Schlesien, Binnig für Ost- und Westpreußen den Krieg erklären. Die Regierung wird sich offiziell widerlegen, inoffiziell das Unternehmen aber mit aller Kraft unterstützen.“ Mit allem Nachdruck wird festgestellt, daß die Reichsregierung ein solches Telegramm nie abgelesen hat und eine solche Haltung nie eingenommen hat. Ihr ist nach dem fürstlichen schmerzlichen Entschluß der Unterzeichnung es unbedingt ernst mit der Durchführung des Ver-

trages. Allerdings kommt dieser ihr unüberwindliche Schluß ohne ihre Schuld in ein zweifelhaftes Licht, wenn einzelne, wie z. B. General Hoffmann, erklären, daß sie auch gegen den Willen der Regierung die Bestimmungen des Vertrages nicht anerkennen und sich ihnen mit Gewalt widersetzen werden. Gegen General Hoffmann ist bereits das Erforderliche beantragt worden. Die Korrespondenz, die sich nicht geklärt hat, das Reichsinteresse durch Verweigerung der Hoffmann'schen Forderung schwer zu schädigen, hat der Reichsminister verboten.

Berlin, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Generalmajor Hoffmann ist zur Disposition gestellt worden.

#### Die revidierte Ostgrenze Deutschlands.

Berlin, 26. Juni. (Wolff.) Nach der dem endgültigen Friedensvertrag beizulegenden amtlichen Karte sind im Bereich der Ostgrenze Deutschlands nachstehende Änderungen vorzunehmen:

Die Ostgrenze setzt an der Ostsee an der Pommernküste ein, läuft durch den Rarowitzer See, erreicht südlich von Barzdau die pommerisch-preussische Grenze, der sie bis weißlich Idl. Briefen nördlich von Kütow folgt. Von hier geht die Grenze nach Südosten, so daß Vesterlau, Steinfort, Neuhauß und Sambol bei Deutschland bleiben. Kelpin und Kowpzen an Polen fallen; dem Rücklauf der Grabe nach Osten folgend wird die im ersten Vertrag festgelegte Grenze nördlich Koniß erreicht. Südlich Koniß verläuft die Grenzlinie eine andere Richtung, so daß die Bohlin'sche Koniß-Station, Koniß, Schemidenthal bei Deutschland bleiben. Die Grenze übersteigt die Bohlin bei Nensand südlich Koniß und verläuft so, daß die Orte Grünau, Wd., Baitrau, Gelsow und Gr. Busia bei Deutschland bleiben und der Rücklauf und weiter die bis heria westpreussisch-pommerische Grenze bis zum Wotunier-See weißlich Stahren die Grenze bilden. Von hier geht die Grenze in gerader südwestlicher Richtung zum Einmündung der Müddow in die See nördlich Idl. das an Polen fällt. Sie folgt dann der See bis zur brandenburgischen Grenze südlich Kreuz, wobei Caarnitz und Nilsche an Polen fallen und schließlich im weiteren Verlauf nach Süden dem ersten Vertragsentwurf an, wo die schließliche Grenze östlich Mersdorf erreicht wird. Sie folgt nunmehr der alten Polen-schlesischen Grenze, die der schlesische Rißel nördlich von Tschirna und die amne Bohlin'sche Rißel nördlich an Polen fallen, im übrigen bleiben die schlesischen Kreise Gubrau und Wilsch bei Deutschland. Bei dem Orte Pombod westlich von Delnau erreicht die Grenze wieder in schlesisches Gebiet ein derart, daß die Orte Modrow, Rohnsdorf, Konradau, Tschirna, Nilsen, Ruppine, Schreißdorf, Gr. Kofel, Schließe und Kamaendorf an Polen fallen, während Neu-Mittelwalde und Gr. Bartenbera bei Deutschland bleiben. Desgleichen bleiben bei Deutschland die Orte Keeswitz, Talbergsdorf, Kaulwitz, Lorandorf, Strelitz, Ederdorf, Schmirz, während Kamaendorf, Frembsdorf, Reichthal an Polen fallen. Südlich Schmirz folgt die Grenze des ostpreussischen Gebietes der alten im ersten Vertragsentwurf festgelegten Linie.

#### Deutschlands Lebensmittelversorgung.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 26. Juni. Durch die Mächte eine kirchlich die Nachrichten, daß eine große holländische Firma 200 Lebensmittelgeschäfte in Berlin gekauft habe, um im großen Maßstab die Lebensmittel in Berlin zu vertreiben. In zentraler Stelle ist hiervon nichts bekannt. Zutreffend ist nur, daß die neutralen Länder umfangreiche Anordnungen treffen, um Lebensmittel nach Deutschland einzuführen. So sollen in nächster Zeit große Mengen Märrarine aus Holland in Aussicht gestellt sein. Trotzdem soll die Nationierung nicht aufgegeben werden, weil durch sie die altschlesische Bevölkerung in der Märrarine am stärksten sei, da diese Einfuhr ohnehin die Lebensmittelrationen in dem Maße der Einfuhr erhöht werden. Da die Einfuhr ohnehin ist von der Rationierungsdienst in Guld bei Döwien, so wird an eine Aufhebung der Nationierung erst dann gedacht werden können, wenn durch reichliche produktive Arbeit die notwendigen Rohstoffe geschaffen sein werden.

Paris, 26. Juni. (Gagos.) Der Generaldirektor des Vertriebswesens Kopper unterbreitete seinen Bericht über die Resultate der Verforuna Europas vom 31. Dezember 1918 bis 31. Mai 1919. Die Gesamtheit der in dieser Periode verteilten Lebensmittel betrug 2.468.230 Tonnen im Werte von 620.161.000 Dollars, die 512 Schiffsladungen entsprechen. Maßnahmen zur Verleichtung der Verleichtung sind in Anzahl Umfang getroffen. Die Ernährung der ausgedehnten Kinder wird durchgeföhrt. Sie umfasst die Zahl von 4 Millionen. Doober hofft, die Verforuna Europas bis zur neuen Ernte könne gesteigert werden, bevor sich eine Durrernte geltend macht.

henden Nachbar auf die Dauer gesichert werden kann. In Frankreich vollzieht sich ebenfalls, wenn auch nicht öffentlich, so doch unter der Oberfläche eine Entwicklung nach links. Die Tage des Kabinetts Clemenceau und des erbittertlich nationalistischen Furors sind gezählt. Die nächste Regierung wird zweifellos nach links orientiert sein. Damit ergibt sich für die deutschen Staatsmänner eine Basis für Verständigungen, die zum mindesten den Weiterbestand des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft nicht unmöglich erscheinen lassen.

Unsere Stellung für die nächste Zukunft ist also ziemlich fest umrissen vorgezeichnet. Bei den äußersten und ernstesten Anstrengungen, die Bedingungen des Vertrages zu erfüllen, muß manüsgesetzt das Weiterleben unserer Staatsmänner und Diplomaten darauf gerichtet sein, die Revision des Vertrages auf gültigen Wege durch Verhandlungen mit unseren Nachbarn zu erreichen. Unser gesamtes Volk muß manüsgesetzt danach streben, die Revision durchzuführen. Und es ist besonders die Aufgabe der demokratischen Partei, bei den Wählern unsere Forderung die Ueberzeugung zu erwecken, daß der Vertrag in seinen innersten Bedingungen unteilbar und darum unverändert ist, und daß die gemeinsamen Interessen der europäischen Kulturvölker verlangen, die schmachvollen Bedingungen aus dem Vertrag zu entfernen und damit dem deutschen Volke die Möglichkeit der Erlösung auf einer Basis der Gleichberechtigung mit anderen Nationen zu gewähren. Wir müssen es erreichen, daß die Forderung nach Revision schließlich von unseren Feinden eben so nachdrücklich erhoben wird, wie von uns selbst.

### Die Oberste Heeresleitung und die Friedensfrage.

Berlin, 26. Juni. (Wolff.) Von der Obersten Heeresleitung wird heute mitgeteilt: An der Nacht vom 22./23. Juni um 1 Uhr vorm. teilte Generaloberst Bablan im Auftrag des Reichspräsidenten dem Generalquartiermeister telephonisch mit, daß die Entente unsern Vorschlag zurückgewiesen habe. Die O.H.L. werde um Stellungnahme zu der nunmehr abgeschlossenen Laue arbeiten. 2.15 Uhr vorm. ist folgende Stellungnahme vom Generalquartiermeister unterzeichnet an die Reichsregierung abgegangen: Reichspräsident Ebert, Weimar. Am 26. Juni ist dem Herrn Reichswehrminister folgende Erklärung überreicht worden: „Großes Hauptquartier, 17. Juni: Wie sind bei der Wiederannahme der Reichsleitung militärisch in der Laue, im Osten die Provinz Polen zurückzuführen und unsere Grenzen zu halten. Am Weichen können wir bei ernstlichem Antritt unserer Genen, angesichts der numerischen Ueberlegenheit der Entente und deren Moralität, unsere beiden Mäule zu umfassen, kaum auf Erlaß rechnen. Ein ähnlicher Ausgang der gesamten Operation ist daher sehr fraglich. Aber ich muß als Soldat einen ehelichen Untertanen einem schmachvollen Frieden vorziehen.“

(aa.) v. Sindenbura.  
Auch ist bei einer Besprechung in Weimar am 19. von allen anwesenden Kommandierenden dem Reichswehrminister gegenüber um Ausdruck gebracht worden, daß eine große Anzahl von Offizieren und freiwilligen Truppen einer Reiterung den Dienst aufgeben würde, die die Schmachdararbeiten annimmt. Bei dieser Annahme waren folgende: der preussische Kriegsminister, die O.H.L., die Oberkommandierenden Nord und Süd, die Armeeoberbefehlshaber von Bayern und Sachsen und der Chef der Admiralität. In dieser Stellungnahme der O.H.L. hat sich seitdem nichts geändert.

(aa.) v. Sindenbura.  
Am 23. Berichtete nach 10.30 vorm. der Verbindungsoffizier der O.H.L., Major v. Redmann, aus Bonn folgendes: 1. Der Reichswehrminister ist nach Weimar zurückgekehrt. 2. Beim Reichspräsidenten die Erklärung von heute nicht widerrufen, daß die O.H.L. auf ihrem Standpunkt bestehen bleibt. Der Reichspräsident las darauf, daß er diese Erklärung erzwungen habe, und schließlich die Laue ist, daß ein Teil des Heeres und der Sozialdemokratie die Annahme des Friedens erklären würden. Major v. Giffa erläuterte die militärische Lage dahin, daß die Truppen ebenfalls in ihrer ersten Masse sich der Salina der Reiterung anschließen könnten und daß General v. Rittberg die Stellungnahme der O.H.L. teile. Der Dänen würde wohl sicher den Kampf aufnehmen. 3. General v. Ritterich habe vorher dem Reichswehrminister telephonisch mitgeteilt, daß er und seine Offiziere noch nicht darüber schlüssig seien, ob im Augenblick es aneignet sei, den Abbruch zu nehmen, wenn es befände die Gefahr, daß die fühlbarsten Truppen halsstarrig würden. Es sei aber mit Sicherheit zu erwarten, daß die Masse der alten Truppen im Falle der Annahme Stellungnahme an der Reiterung



nehmen würde. General v. Lüttich würde es sehr bedauern, wenn sich diese Stellungnahme auch gegen den Minister Noste richten müßte.

Nur vor 12 Uhr mittags telebionierte der Reichspräsident den Ersten Generalquartiermeister persönlich an und teilte ihm in ähnlichen Worten mit, daß Zentrum und Sozialdemokratie sich wahrscheinlich für die Annahme erklären würden. Er bitte nochmals um Auskunft, welche Stellung die Truppen hierzu einnehmen würden. Man befürchte nach den Mitteilungen des Generals v. Lüttich an den Reichswehrminister Militärrebellien. Auf diese Frage erfolgte um 12 Uhr mittags die nachstehende Antwort des Ersten Generalquartiermeisters, nicht in seiner dienstlichen Eigenschaft, sondern, wie er ausdrücklich erklärte, als Deutscher, der die Gesamtlage klar übersehe, er sei verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß bei einem Kampf nach vorübergehenden Erfolgen im Osten ein Enderfolg auszufallen sei und daß nur der Noste in einem öffentlichen Auftruf die Notwendigkeit des Friedensschlusses darlegen und von jedem Offizier und Soldaten verlangen würde, daß er, auch bei Unterzeichnung des Friedens, im Interesse der Rettung des Vaterlands auf seinem Posten bleiben und seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem Vaterland tun müsse. Aussicht bestehe, daß das Militär sich hinter ihn (Noste) stelle und damit jede neue Umstrukturierung im Innern, sowie Kämpfe nach außen, im Osten, verhindert werden würde.

Weitere Schritte der D.S.D. sind in der Friedensfrage nicht getan worden.

Die deutschen Bevollmächtigten zur Unterzeichnung.

Berlin, 26. Juni. (Wolff.) Die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell haben sich auf einmütiges Ersuchen der Reichsregierung entschlossen, als Bevollmächtigte in Versailles den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Sie haben abgelaubt, unter dem furchtbaren Druck der Volksnot und dem unbegrenzten Bedürfnis, endlich am Frieden ankommen, sich dieses Leben und beruflich schwersten Opfers nicht entschließen zu können.

Freilassung eines verhafteten Pressevertreter.

Berlin, 26. Juni. Oberst Dornhies hier heute mittags 5 Uhr den Gefangenen v. Danzel davon in Kenntnis setzen, daß zur Vermittlung weiterer Unannehmlichkeiten die Freilassung des verhafteten deutschen Pressevertreter und des Vertreters der „Deutschen Tageszeitung“ in Versailles, W. Scheuermann angedacht worden ist.

Die Glashütten des Saargebietes.

Saarbrücken, 26. Juni. Nach einer vertraulichen Verständigung müssen die Glashütten des Saargebietes 80 Prozent ihrer Erzeugung für den Wiederaufbau des zerstörten französischen Gebietes liefern.

Die neue italienische Friedensdelegation.

Rom, 26. Juni. (Wolff.) Tittoni, Scialoja, Magagnoli und Ferrarri reisten gestern abend als Mitglieder der neuen italienischen Friedensdelegation nach Paris. Mit ihm ist der Presse als Hauptpunkt seiner Politik an: Sofortige Demobilisation, Wahrung der Autonomie der Provinzen, Verbesserung der Verfassung, Steuer- und Finanzreform.

Berlin, 26. Juni. (Wolff.) Aus der italienischen Presse ist ersichtlich, daß die Kohlenzufuhr von Frankreich nach Italien über die Küstenschiffe besonders wegen Nichterfüllung der englischen Kohlen seit einigen Tagen fast gänzlich einachseln worden ist.

Englisch-amerikanische Verständigung.

Bern, 26. Juni. (Wolff.) Nach einer Londoner Meldung des „Secolo“ verläßt man die nachdringliche Bemerkung in den Vereinigten Staaten sowie die irrenfremdliche Haltung des amerikanischen Senats in England aufmerksam. Der Korrespondent hält die Anerkennung der irischen Republik durch den amerikanischen Senat trotz ihrer schweren Folgen nicht für ausgeschlossen. Man habe in den nächsten Tagen feierlich

Bethmann-Hollwegs Zeugnis.

Noch eben vor Tagesbruch ist unter „Arias-Neilschlag“ mit seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg“ auf den Plan getreten. Wie bei der vornehmen Persönlichkeit Bethmann-Hollwegs nicht anders zu erwarten stand, ebenso sachlich wie freimütig und — was sich die Herren Wilson, Lloyd George und Clemenceau nicht anmerken können — edelmütig. Obgleich von den Entente-Brüdern für die Lieberlichkeit und die Gerechtigkeit des Weltkrieges verantwortlich gemacht und vor ihr (1) Gericht gefordert, trotz des so traurigen Geschickes, das ihn befallen, hat er seine volle Gelassenheit bewahrt und ist er auf nichts so sehr bedacht, wie auf Wahrheit und Gerechtigkeit. Wenn etwas aus seiner ebenso schlichten wie freimütigen Darlegung hervorgeht, so ist es sein gutes Gewissen. Wenn einer, so ist er darauf bedacht gewesen, den Frieden zu erhalten. Und er soll der eigentliche Urheber des Krieges sein!

Bethmann hebt damit an, die überaus schwierige politische Lage zu kennzeichnen, wie er sie bei seinem Amtsantritt 1909 überkommen hat. Seit der Entente cordiale zwischen England und Frankreich, mußte Deutschland ständig auf Ausbruch des Krieges gefaßt sein. Während der Marokko-Affäre trat nur zu deutlich autonome, wie die Staatslenker an der Rheinseite den Antrieben antworten dem reibenden-lüsteren Frankreich und Deutschland schürten und die französische Kampflust anwachten. Gar nachdem auch die Verständigung mit Rußland gescheitert war, und damit die Triple-Entente in die Erde eingetraten! In Antwerpen an die Aufschauung Marokkos an Frankreich gegen Österreich und Italien Tripolis angedroht. Um sich dieselben zu bemächtigen, übertrug Italien die Türkei mit Kreta. Ausblick suchte es auf dem Balkan Fuß zu fassen, wodurch es auch mit Österreich-Ungarn in Konflikt geriet. Dadurch erhielt der Dreieund einen unheilbaren Riß. Statt an Deutschland und Österreich-Ungarn, nahm Italien Anstoß an England und Frankreich. Nur dem Umstand, daß Frankreich die Heiligung Italiens in Tripolis, wegen Gefährdung des des Italiens vorwiegend angenommenen Tunis fürchtete, ist es zu verdanken, daß der Dreieund trotzdem 1913, zwei Jahre vor seinem Ablauftermin, erneuert werden konnte. Durch den unter den Kubizien Rußlands erhaltenden Balkanbund wurde die Türkei, auf deren Waffengemeinschaft man im Notfalle in Berlin rechnete, vollends schwach gemacht, im weiteren Verlaufe der Dinge überdem auch Österreich-Ungarn in fei-

\*) Th. von Bethmann Hollweg, „Betrachtungen zum Weltkrieg“. 1. Teil, Rikmar Götting, Verlag Berlin.

der Luftkriege und anderer amerikanischer Blätter einen heftigen englandfeindlichen Redebau zu erwarren. In England selbst sei man gegen Amerika stark verärgert. Bei einer Anerkennung Irlands durch Amerika werde man daher heftige Rücksicht fassen lassen.

Hungertravalle.

ar. Berlin, 26. Juni.

In Hamburg hat es begonnen. Der Reibe nach finden die Hamburger Greislinge in verschiedenen deutschen Städten, so jetzt vor allem auch in der Reichshauptstadt Berlin, ihre Korlebensuna. Erreichte Volksmassen tun sich zusammen, um gegen die unheimliche Teuerung der Lebensmittel in handreichlicher Weise zu demonstrieren, und bei diesen Kundgebungen pflegt es meist recht gewalttätig auszugehen, es fehlt nicht an Zusammenstößen mit Polizei und Militär, man überlet nicht laue, ob von der Schutzwehr Gebrauch gemacht werden soll oder nicht, bald knallen die Revolver, bald auch die Gewehre los und meist sind etliche tote und Verwundete die Opfer solcher Vorfälle. Einen politischen Hintergrund haben diese Zusammenstöße bisher augenscheinlich nicht gehabt, es hat sich bei ihnen nur die bis zum äußersten gesteigerte Erbitterung gezeigt, daß man die unheimliche Höhe der Preise nicht mehr ertragen kann und will.

Der alten Regierung, die soeben vom Schaublatz abgetreten ist, kann der Vorwurf nicht erwidert werden, daß sie in der Zeit ihrer siebenmonatigen Herrschaft nahezu nichts dazu getan hat, um die Lebensmittelpreise abzubauen, sie hat auch nichts gegen den Hunger und Schicksal unternehmen, der im Bereiche des in der Reichshauptstadt der Reichsregierung ins Gemächliche geworden ist. So sehr man grundsätzlich Gewaltmaßnahmen verurteilt, man wird sich fragen müssen, welches andere Mittel der zur Verweigerung abgetriebenen Bevölkerung übrig bleibt, außer der Selbsthilfe. Diefelbe Ware, die öffentlich nicht zu erhalten ist, kann auf dem Schwarzmarkt für unerschwingliche Summen überall gekauft werden.

Dak es bei diesen Vorkäufen nicht bloß an Demonstrationen kommt, sondern daß sich den Kundgebungen unmittelbar stets große Ausschreitungen und Minderungen anschließen, daß allenthalben geraut und geklopft wird, ist tief bedauerlich, aber die durch nahezu fünf Sonnenjahre förmlich betriebene und stillschweigend dem Geis anvertraute Bevölkerung ist eben nicht mehr dieselbe, wie sie es vor dem Kriege gewesen ist. Das zeigt sich in unmaßlicher Verwirrung, und es nißt nichts, darüber zu jammern oder herbe Urteile über diese Tatsache zu fällen, die einmal vorhanden ist. Wenn die Ausschreitungen bisher auch keinen politischen Charakter getragen haben, so ist es doch bezeichnend, daß dies von einem Tag auf den andern sich sehr leicht ändern kann. Die Spannung ist auch die Verheerung stark, die Notstandsarbeit der Menge bis zum Scheitern ansteigert, nichts leichter, als daß der Kommunismus die allgemeine Stimmung benutz, um den Dabel anzufachen und sich neue Anhänger zu werben.

Hierzu kommt noch, daß die Stellung der gegenwärtigen Reichsregierung nur auf sehr schwachen Füßen ruht, daß das Kabinett Bauer-Gruber auch von Parlamentariern als eine Eintagsfliege betrachtet wird, daß also augenscheinlich nachteilig keine Zentralregierung besteht, die Mäßigkeit und Festigkeit genug besäße, einen Damm gegen die anwachsende Flut der Unzufriedenheit zu bilden. Die Dinge stehen heute so, daß es vielleicht nur eines geringfügigen Anstoßes bedarf, um den zum Verfall überleitenden Staat zu erschüttern zu können. Was dann geschieht, könnte nur eine Katastrophe von dem Ausmaß sein, wie wir sie in Deutschland hinüberzuführen sehen, würde binnen kürzester Frist auch Deutschland überfallen. Es wäre eine bittere Schandenszene für uns, wenn dann die Entente an einer allzu späten Erkenntnis läme, was sie anrichtet hat, denn die Leidtragenden wären letzten Endes vor allem wir, und erst in zweiter Linie läme die Gefahr für die Entente in Frage.

Die Unruhen in Hamburg.

Berlin, 26. Juni. (Wolff.) Die Unruhen in Hamburg stellen sich wie wir hören, als einen Teil eines arak angelegten Aufstandsversuches dar, der über ganz Deutschland hin

verbreitet war. In Hamburg ist jedoch die Bewegung der Nahrung zu früh aus den Händen geent. Weder die Hamburger Bevölkerung weiß, wo zu sie gebraucht werden sollte, noch die Mitglieder der Arbeiterkommission. Die eigentliche Leitung hielt sich im Hintergrunde. So ist Hamburg das Opfer eines politischen Blanes geworden. Es soll bisher 40 Tote und entzählend zahlreiche Verwundete gegeben haben.

Hamburg, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Am Auftrage einer Kommission des Senats und der Arbeiterschaft erfolgte eine Veröffentlichung, wonach aetern Vertreter des Senats, der Arbeiterkommission, der Betriebsräte, der Arbeiterpartei und der drei sozialistischen Parteien an einer Sitzung im Rathaus zusammentraten, um die Mittel zu beraten, ohne Aushebung fremder Truppen die Ruhe wieder herzustellen und weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Eine Kommission beach sich nach Wandsbeck, um mit dem Kommandeur der dort einetretenden Reitertruppen, Oberst v. Breda, zu verhandeln. Unter der Bedingung sofortiger Einstellung aller Feindfeindlichkeiten, Herausgabe der im Rathaus amachten Gefangenen bis Donnerstag 8 Uhr vormittags, Rückgabe aller widerrechtlich geraubten Waffen, Rückführung der befreiten Gefangenen und der Ruhe, daß die militärischen Behörden, insbesondere die Kommandantur nicht aetiert werde, wurde abgesehen, daß zunächst nicht in das Hamburger Stadgebiet einmarchiert werde. Der Antrag der Kommission wird an die voranstehenden Behörden, darunter die Kommandantur Groß-Hamburg, zur Entscheidung weitergegeben. Am Laufe des Donnerstags vormittags sammelten sich überall große Menschenmassen, die die Reihenungen des inneren Stadviertels besetzten. Das Ereignis wurde lebhaft beobachtet. Soweit wir feststellen konnten, wurde die Ruhe nirgends mehr aetiert.

Militärische Maßnahmen.

Berlin, 26. Juni. Aus den Meldungen, die an auswärtiger Stelle einlaufen, ist zu ersehen, daß die Vorgänge in Hamburg nach dem Willen der dortigen Linkspolitiker nur ein Auftakt sein sollen zu großen Unruhen auch in anderen Städten, mit dem Ziele, die Reichsregierung zu zwingen. Da sich gegen die augenscheinlich in Hamburg herrschende Diktatur des Proletariats keine größeren Widerstände mehr bemerkbar machen, herrscht dort im allgemeinen Ruhe. Es sind bereits die notwendigen militärischen Maßnahmen im Gange, um in allerfrühester Zeit wieder geordnete Zustände zu schaffen.

Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Vernehmung des Reichswehrministers Noste, nach der längst gegen Aufbruch mit aller Strenge und wenn nötig mit Waffengewalt eingeschritten werden soll, ist wie wir von auswärtiger Stelle erfahren, für das ganze Reich erlassen worden. Dadurch soll den einzelnen Generalkommandos eine Unterlage gegeben werden, sofort bei etwa ausbrechenden Unruhen in den ihnen unterstellten Bezirken die geeigneten militärischen Maßnahmen ergreifen zu können, so daß sie nicht erst die Genehmigung des Reichswehrministers einzuholen brauchen.

Forderung nach Zurückziehung der Truppen.

Hamburg, 26. Juni. Die heutige Vollversammlung sämtlicher Betriebsräte, Vertrauensleute und Angehörtenvereine, aller organisierten Arbeiter von Groß-Hamburg, übernahm in einer Resolution an den Reichswehrminister die volle Gewähr für fernere Ruhe und Ordnung für Groß-Hamburg. Ihre erweiterte Arbeiterkommission in Verbindung mit dem Senat und den sozialistischen Parteien Hamburgs fordert die sofortige Zurückziehung der in der Nähe von Hamburg aufomengesetzten Regierungstruppen.

Schwere Unruhen in Landsberg a. d. W.

Landsberg a. d. W., 26. Juni. In der letzten Nacht ist es hier zu schweren Unruhen gekommen. Nachdem sich Menschenmassen auf dem Markte angesammelt hatten, hauptsächlich Jugendliche im Alter von 18 bis 20 Jahren, wurde zur Blinderung des Provinzialamtes aufgereit. Die Menge zog darauf zu dem jenseits der Parthe gelegenen Provinzialamt, entwarfene den Hofen, schlug die Türen ein und begann das Proviantamt zu plündern. Wolligt und Feuerwehr waren machtlos. Eine Arbeit

lung des Feld-Art-Regiments 84 mußte die Wachen freiden. Das ganze Proviantamt wurde ausgeplündert. Der Schaden beträgt über eine halbe Million. In den Morgenstunden zog die Menge dann zu den Bahnhöfen, die von der Stadt zur Lebensmittelausgabe und Lieferungen verwendet werden. Auch dort wurde eingebrochen und geplündert. Aueterräte, Schmalz und Fett wurden geraubt. Heute vormittag ist die Plünderung des Proviantamtes noch im vollen Gange. Dieser wird wiederum weggeschafft. Das gesamte Leberzeug ist geraubt. Militärische Hilfe konnte bisher noch nicht herangezogen werden. Die Wäckerien sind heute früh von der Menge geplündert worden, so daß Landsberg mit tags ohne Brot ist.

Ausschreitungen in Frankfurt a. O.

Frankfurt a. d. O., 26. Juni. Nachdem bereits in den letzten Morgenstunden auf dem Obst- und Gemüsemarkt Plünderungen vorgekommen waren, ging der Mob am gestrigen späten Abend im Anschluß an eine Versammlung der Unabhängigen zu schweren Ausschreitungen über. Er zog vor das Gefängnis und besetzte die Gefängnisse, darunter eine größere Anzahl von Wäcken und Warenhäuser sowie mehrere Restaurants und Kafes aus. Als Regierungstruppen eintrifften, war ein großer Teil des Ungeheils schon geschähen. Auf dem Marktplatz sind zahlreiche Wäcken, vor allem Warenhäuser und Konfektionsgeschäfte, geplündert und zerstört worden. Der Schaden ist noch nicht zu übersehen. Es scheint, daß fremde Elemente bei den Ausschreitungen die Führung übernommen hatten. Ueber Menschenverluste ist noch nichts bekannt.

Die Streifbewegung unter den Eisenbahnern.

Die Vorgänge in der E.D. Erfurt.

Berlin, 26. Juni. Im Ausschussauschuß der Reichlichen Landesversammlung erklärte Minister Löffler über die Vorgänge bei der Eisenbahndirektion Erfurt u. a.: Die Erfurter Vorgänge müssen im Zusammenhang mit der überall unter den Eisenbahnen betriebenen radikalen Agitation betrachtet werden. Sie fanden ihren Ausdruck auf den Eisenbahnerkongressen in Frankfurt und Berlin, wo das Wort fiel: Wer die Eisenbahn in der Hand hat, hat die Hand an der Kurbel des Staates. Die Erfurter Bewegung richtete sich gegen technische und administrative Beamte. Trotzdem für den 17. Juni eine Kundgebung zur Verhandlung über die Reichswehren befristet worden war, wurden am 15. Juni der stellvertretende Präsident und ein Dezernent von einer Versammlung abgeleitet und ein mittlerer Beamter von Präsidenten ausgenen. Die Ereignisse wurden von der gesamten preussischen Staatsregierung so ernst beurteilt, daß sie ihre Wäcken, den Status quo ante wiederherzustellen, durch die Anwesenheit militärischer Macht Radruht gab. In der Vernehmung des Ministers mit den Führern der Bewegung in Berlin am 19. Juni wurden von diesen die Vorgänge in Erfurt ausdrücklich als ungesetzlich anerkannt.

Der Minister erklärte sich bereit, künftigen Arbeitern, unteren und mittleren Beamten mehr als bisher die Möglichkeit des Aufstieges in höhere Stellen zu geben. Der Minister hat ferner angeordnet, von Maßnahmen abzuweichen und sich bei der Regierung für die Zurückziehung der Regierungstruppen einzusetzen. Inzwischen waren aber schwere Betriebsstörungen und Streiks ausgebrochen, die es der Regierung notwendig erschienen ließen, den Abzug der Truppen noch hinauszuzögeln.

Zur Unterdrückung der Beschwerden gegen höhere Beamte sandte der Minister einen Kommissar mit entsprechenden Vollmachten nach Erfurt. Nachdem die Berliner Vereinbarungen von den Erfurter Führern nicht inne gehalten worden waren, kam es in der Nacht zum 21. Juni unter taftkräftiger Mitwirkung des jetzigen Ministerpräsidenten Bauer zu einer neuen Vereinbarung über die Errichtung eines Rates bei der Erfurter Direktion, der aus je einem Vertreter der Beamten und Arbeiter besteht und eine tatsächliche Tätigkeit ausüben soll. Alle das Dienstverhältnis der mittleren und unteren Beamten, der Hilfsbeamten und Arbeiter betreffenden Angelegenheiten sind ihm zur Kenntnis vorzulegen. Mit einer Einigung zwischen Dezernent und Beirat nicht zu erzielen, kann der letztere das Recht, mit dem Präsidenten zu verhandeln, dem die endgültige Ent-

der Wiener Hofburg es für gut befunden hat, den Wortlaut des Ultimatus der Berliner Regierung erst in allerletzte Stunde, am 22. Juli, alschacictia mit der Heberreichung deselben in Belgrad, mitzuteilen, verma Bethmann nicht zu billigen. Sowohl v. Naom, der Straisfeld, als auch er selber, fanden das Ultimatum entwürdigend an scharf. Er hat alsobald das Entschlossene anboten, um die Wiener zu veranlassen, Baiser in ihren Reim zu ateken. Er gewann es über sie, daß sie erklärten, weder die Territorialität, noch die Unabhängigkeit Serbiens beinträchtigen zu wollen, sowie daß sie die unterbrochenen diplomatischen Beziehungen an der Reue wieder aufnehmen. Man hoffte in Berlin, den Wortfall „Isolieren“ und eine Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland herbeiführen zu können. Greh erachtete den von Berlin aus einachacictiaen Reue, um der europäischen Katastrophe vorzubeugen, so sehr für den aussichtslossten, daß er die von ihm achachte Vot-fachierkonferenz an der Themie, auf die Österreich-Ungarn sich nicht einlassen wollte, und der Deutsch-land, als dessen Bundesgenosse, daher seinerseits nicht aufkommen konnte, hintanzustellen. Die deutsche Vermittlung war im vollen Gange, als die russische allgemaine Mobilmachung sie über den Dausen wart.

Bethmann kann mit nur zu autem Grunde nicht genug unterrichten, daß letztere erst erfolgt ist, als man an der Reue die Sicherheit gewonnen hatte, daß England mitmache. Rußland und Frankreich allein hätten den Waffenstopp nicht erlaubt; England hat sie nicht nur aus Seil angenommen, sondern zum Vot-fachler gebracht. Hätte Bethmann diese so wohlbedachte Erkenntnis früher gewonnen! So lange er am Ruder war, so oft er auch während der vier Ariasjahre das Wort erziehen hat, um die Schuld an der Arias festzustellen, er ist immer an der russischen Mobilmachung hängen geblieben, und der Welt die Mobilmachung der englischen Politik und damit der englischen Heberbererschaft des Arias schuldig geblieben. Sein Verhängnis, sein Nehenberber als Leiter der deutschen Politik, hat von launer Hand her bis auf den heutigen Tag, daß er, trotz der ihm so achschönen entaentenden Triple-Entente und der so unabweislichen Absache Greh's allgemaine der Wilson Kadanes, an die englische Friedenspolitik glaubte. Die Polae davon ist gewesen, daß er die russische Ariasdrohung nicht ernst angenommen hat. Er hat, mit dem Kaiser, bis am 31. Juli unerschrocken achafft, um den Arias wieder einmal herumzukommen.

Nur die Friedenspolitik Kaiser Wilhelms ist Bethmann Kronzeuge. „Vielleicht ist die apöchte Tragik des Geschickes, das den Kaiser betroffen hat“, schießt er dessen Charakteristik, „in der Art und Weise, wie

er der Welt als ein nach Welt Herrschaft, Blut und Arias lechender Thran vornehmlich worden ist. Wenn es nie mit beidenden war, nach jahrelangem, vertrauensvollem Gebändenaustausch die Lebensschicksalhaftigkeit mitauzuebinden, und der dieser Wille in dem unheilvollen Sommer 1914 nach einem friedlichen Auswege achacht hat, der kann ahnen, in welchem Grade der achachte Schmerz um den Niederbruch Deutschlands durch solche Schändung innerlich und auf überauntes Christentum dearründer Geminnuna verberitet werden mag.“ Ein Präsidentkritik sei ihm, so wernia wie Bethmann selber, niemals auch nur von ferne in den Sinn gekommen.

Am Einmarck in Belain ist Bethmann durch das Gutachten des Generalstabes v. Moltke bestimmt worden. Um sich auswärts Rußlands und Frankreich zu erwehren und den Kampf sich nicht auf deutschem Boden abspielen zu lassen, als man das Spiel von vornherein verloren gemeint wäre, erklärte Moltke den Weg durch Belain für unerläßlich. Dieser Argumentation von makabender Seite konnte Bethmann sich seines Erachtens nicht anschließen. Verlick der erzwungene Einmarck gegen das formale Völlerrecht. So wurde das „Unrecht“ durch die Notwehr weit gemacht. Dak die belaische Arias für den Ausbruch des Arias, auch mit England, nicht ausfchacictiaen beweisen sei, habe Greh durch seine Ausfchacictiaen vor dem englischen Parlament am 3. August selbst befunden.

Die Schwäche der Bethmann Hollwegischen Politik tritt durch diese seine reaktiveren „Betrachtungen“ achach auf. Es fehlt ihm an einmal an — Initiative. Noch jetzt ist es ihm unmöglich, achach zu verfahren, oder seinen Gemann auch nur die Wäcke vom Gesicht zu reihen. Dies allein nißt nur von den Perionen, sondern auch von den Dinnern, der politischen Konstellation. Obgleich er nicht nachdrücklich genug hervorheben kann, daß die achachte Ariasgefahr von der Entente cordiale zwischen England, Frankreich und der Marokko-Affäre baterte, ist ihm die endacictiae Aufschauung des Willandes durch England und die Aufschauung des Kaiserreiches Marokko an Frankreich etwas so Selbstverständliches, daß er darüber kein Wort verliert. Wir bekommen von den Rieken der englischen Politik weder in Afrika, noch in Asien oder Australien nichts, aber auch ar nichts an hören! „Der wöchhöchsten von der „balance of power“, der britischen allherabrachten Gleichgewichtspolitik in Bezug auf das europäische Festland, achach welcher keine England irgend bedrohliche Wäcke achach darf und eine gegen die andere ausachach wird. Nicht einmal auf die Abmachungen mit Rußland, die Verteilung der Ariasrollen und der achachachenden Deute hinauszugehen, kommt ihm bei! Durch die Unschacictiaen Deutschlands, wie sie die ena-























